

Antrag Nr. 08-F-01-0071

SPD

Betreff:

Gerichtsgebäude Moritz- / Oranienstraße
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.8.2008 -

Antragstext:

Der Bau an der Mainzer Straße schreitet voran, die Justiz richtet sich auf einen Umzug in das neue Justiz- und Verwaltungszentrum ein. Außer einigen widersprüchlichen Presseveröffentlichungen ist wenig zur Zukunft des Gerichtsstandortes bekannt. Anwohner und Geschäftsleute sind verunsichert, wie es in der Moritzstraße weitergeht.

Ein Vertreter des Landes Hessen (Staatssekretär Dr. Arnold) hat zugesichert, bis zum Sommer 2007 (!) einen Vorschlag für die Zukunft des Areals vorzulegen. Im Planungsausschuss der Landeshauptstadt Wiesbaden ist die Situation in der Moritzstraße mehrfach thematisiert worden. Dabei hat der Magistrat versichert, über die Verhandlungen mit dem Land zu berichten, mit den Anwohnern und Geschäftsleuten Konzepte für die Zukunft zu entwickeln und Lösungen vorzustellen. Von Gesprächen mit der European Business School war seitens des Magistrats offiziell nie die Rede.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

1.

Der Magistrat wird gebeten über den derzeitigen Sachstand zum Gerichtsgelände im Quartier Moritz- / Oranienstraße zu berichten. Dabei soll beantwortet werden:

- wie oft die gemeinsame Arbeitsgruppe zwischen Stadt und Land getagt hat und was in den Verhandlungen thematisiert wurde,
- inwieweit Gespräche mit der European Business-School über einen Umzug in das Gerichtsgebäude geführt wurden und wie sich hier der aktuelle Sachstand darstellt,
- welche Vorstellungen über die Verwertung des Geländes seitens der Hessischen Landesregierung dem Magistrat vorliegen.
- warum keine laufende Berichterstattung an die städtischen Gremien erfolgt ist.

2.

Gleichfalls möge der Magistrat ein Konzept vorlegen, das sich in eine Gesamtkonzeption für die südliche Innenstadt einfügt und die folgenden Anforderungen erfüllt:

- Ergänzung des Altbau-Ensembles durch eine nachhaltige und hochwertige architektonische Lösung,
- eine generelle Aufwertung der Moritzstraße durch die Urbanisierung („Öffnung“) des Neubaus zum Bürgersteig hin,
- eine unterirdische Parkgarage für Anwohner und Nutzer des Areals,
- Im Innenhof eine öffentlich zugängliche Grünfläche mit Brunnen,
- ein Spielplatz, der für mehrere Generationen geeignet ist,
- eine weitere Kindertagesstätte für die südliche Innenstadt,
- ein Generationen übergreifendes Wohnhaus, das für gemeinsames Leben aller Altersgruppen in der Innenstadt steht.

Antrag Nr. 08-F-01-0071
SPD

3.

Außerdem möge der Magistrat darlegen, mit welchen Mitteln er einen längeren Leerstand der Gerichtsgebäude und seine negativen Folgen für die südliche Innenstand verhindern will.

Wiesbaden, 12.08.2008

gez.

f.d.R.

Kai-Christofer Burghard
Planungspolitischer Sprecher

Christian Lahr
Fraktionsassistent